

**WAHLFOLGEN** Putins Erdrutschsieg bei der Parlamentswahl garantiert die Beibehaltung seiner Politik - Unklar bleibt

# Putin erhält Freibrief

Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich bei der Duma-Wahl die Unterstützung für seine Politik gesichert. Was er nun mit diesem Mandat vorhat, ist jedoch noch sein Geheimnis.

Putins Plan ist aufgegangen. Mit einem Erdrutschsieg bei der Parlamentswahl hat sich der russische Präsident Wladimir Putin die Unterstützung der Bevölkerung gesichert. Die Putin-Partei erzielte nach vorläufigen Angaben der Zentralen Wahlkommission 64,1 Prozent der Stimmen. Mit den Liberaldemokraten und der Partei Gerechtes Russland ziehen zwei weitere kremlnahe Parteien in die Duma ein. Einzige parlamentarische Opposition sind die Kommunisten.

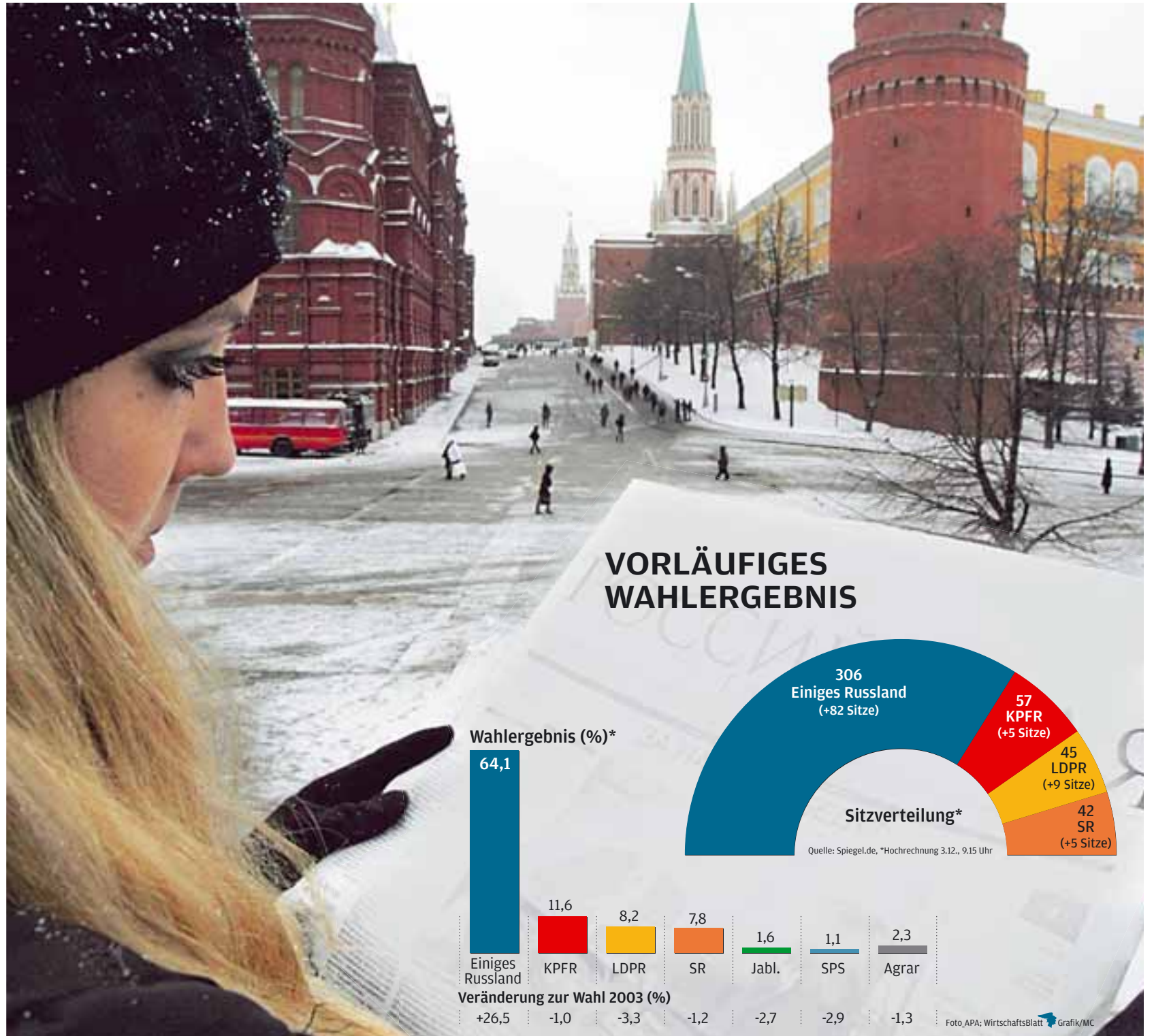
Laut Hans-Henning Schröder, Russlandexperte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, ist das eigentliche Wahlergebnis allerdings nur nebensächlich: „Bei dieser Wahl ging es eigentlich darum, wie die Welt nach dem 2. März 2008 aussieht.“ An diesem Tag wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Laut Verfassung darf Putin nach zwei Amtszeiten nicht mehr für das Amt kandidieren.

## Rätselraten um Putin

Nach dem Wahlsieg könnte Putin nun eigentlich das Amt des Regierungschefs übernehmen. Beobachter bezweifeln dies jedoch, da die Verfassung dem Ministerpräsidenten nur einen geringen Spielraum lässt. Immer unwahrscheinlicher wird auch eine Verfassungsänderung, die Putin eine dritte Amtszeit als Präsident ermöglichen würde. Zwar hat Putin nach der Duma-Wahl – wie übrigens auch schon zuvor – eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit hinter sich. Putin sprach sich jedoch wiederholt gegen eine Verfassungsänderung aus.

Zudem läuft Putin die Zeit davon. Die neue Duma tritt erstmals im Januar zusammen, die Kandidaten müssen sich jedoch noch im Dezember registrieren. Es wird erwartet, dass Einiges Russland bei ihrem Parteitag am 17. Dezember ihren Kandidaten kürt. Möglich ist auch noch, dass Putin im Dezember zurücktritt, um dann im März nochmal antreten zu können. Russische Verfassungsrechtler haben diese Version allerdings bereits in Frage gestellt.

Viele Zeichen deuten darauf hin, dass Putin sich seine zukünftige Position einfach selbst schaffen wird. „Putin hat mit dieser Wahl versucht, sich die Autorität und Legitimität zu verschaffen, um später neben dem Präsidenten eine gewichtige Rolle einzunehmen“, sagt Schröder. „Politisch ist das ein gefährliches Spiel. Mein persönlicher Eindruck ist, dass im Grunde im Sommer etwas schief gegangen ist“. Die von Putin geplante ge-



ordnete Machtübergabe habe nicht funktioniert. Das in der Duma-Wahl verpackte Referendum über den Plan Putins sei eine Notmassnahme, um sich abzusichern. Uralsib-Strategie Chris Weafer glaubt, dass das Rätselraten um Putins Zukunft sogar noch bis nach der Präsidentenwahl im März andauern könnte: „Grund dafür ist, dass Putins nächste Rolle wahrscheinlich noch gar nicht beschlossen ist“.

## Kurs Putins bleibt

Auch wenn noch unklar ist, welche Funktion Putin künftig einnehmen wird, die „putinsche Politik“ wird laut Experten beibehalten werden. „Das Wahlergebnis hat bestätigt, dass Putin und seine Politik populär sind. Es wird keinen grundsätzlichen Wandel in der Richtung geben“, sagt Vasily Astrov vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche. „Auch wenn Putin sein Amt niederlegt, wird sein Einfluss, seine die Autorität und sein Team von Gleichgesinnten weiterhin die politischen Strukturen dominieren und die Volkswirtschaft steuern – egal, wer 2008 als Präsident gewählt wird“, schreibt die Ratingagentur Moodys in ihrem Bericht.

VERENA DIETHELM  
verena.diethelm@wirtschaftsblatt.at

## Verfassung bietet Spielraum für Putins neue Rolle

Auch nach der gewonnenen Duma-Wahl ist für Wladimir Putin längst nicht alles in trockenen Tüchern. Will er auch nach 2008 an der Macht bleiben, müssen nun die Weichen gestellt werden. So könnte Putin laut Eberhard Schneider, Russlandexperte des EU-Russland-Zentrums in Brüssel, seine Macht teilweise in das Ministerpräsidentenamt mitnehmen – auch ohne Verfassungsänderung. „Er könnte die Vollmachten, die nicht in der Verfassung verankert sind, übertragen“, sagt Schneider. So könnte sich Putin die Ministerien, die derzeit dem Präsidenten verantwortlich sind, direkt unterstellen.

Mit etwas mehr Aufwand wäre die Etablierung von Putin als „nationaler Führer“ verbunden. „Eine solche Integrationsfigur ist in der russischen Verfassung nicht vorgesehen“, sagt Angelika Nußberger, Buchautorin und Professorin für Ostrecht an der Universität Köln. Trotzdem könnte eine

solche Führungspersonlichkeit oberhalb des Präsidenten und des Regierungschefs installiert werden.

„Neben der Verfassung gibt es viel Wildwuchs“, sagt Nußberger. Putin habe etwa die Präsidialadministration mit den selben Funktionen wie die Ministerien ausgestattet. Grundsätzlich gelte: „Was dem Präsidenten nicht verboten ist, ist dem Präsidenten erlaubt“.



Wer wird Wladimir Putin als Präsident nachfolgen?

## REAKTIONEN

**Ursula Plassnik**  
Aussenministerin, Österreich

„Ich bin überzeugt, dass sich Russland keinen guten Dienst tut, wenn es die demokratische Entwicklung vernachlässigt“, fand Aussenministerin Plassnik in der ORF-Mittags-ZiB kritische Worte zu den Wahlen in Russland. Auch die wirtschaftliche Entwicklung brauche langfristig gesehen eine entsprechende gesellschaftliche und demokratische Entwicklung.

**Thomas Steg**  
Regierungssprecher, Deutschland

Gemessen an deutschen Massstäben habe es sich um keine „faire, gleiche und demokratische Wahl“ gehandelt, sagte Steg. Schon vor der Abstimmung am Sonntag seien Oppositionsparteien und Bürgerrechtler behindert worden. Es sei auch zu Beschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit gekommen.

**Benita Ferrero-Waldner**  
EU-Aussenkommissarin

Die EU hat den Verlauf der Wahl in Russland kritisiert. Ferrero-Waldner sagte, die EU betrachte dabei nicht nur den Wahltag selbst, sondern auch den Vorlauf.

„Da haben wir zum Teil Verletzungen der Grundrechte, vor allem der Rede- und der Versammlungsfreiheit gesehen.“

**Gordon Johndroe**  
Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA

Die USA forderten Russland auf, die Vorwürfe im Zusammenhang mit der Wahl zu untersuchen. Nach Aussagen des Parteivorstandes der Kommunisten in Russland wurden in einigen Regionen zusätzliche Wahlzettel in die Urnen geschleust. Die US-Regierung habe sich bereits vor der Abstimmung besorgt über Einschüchterung der Opposition, unfaire Berichterstattung in staatlichen Medien sowie über staatliche Hilfen für die Kreml-Partei Geeintes Russland geäußert.

**Kimmo Kiljunen**  
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat den starken Einfluss der russischen Regierung auf die Parlamentswahl kritisiert. Dies sei nicht normal und verändere die Ergebnisse, sagte Kiljunen von der OSZE. (sei/ag)